



6. Januar 2018

## **Neujahrsansprache von Oberbürgermeister Dr. Peter Kurz anlässlich des Neujahrsempfangs 2018**

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
Exzellenz, Herr Botschafter Dr. Vujacic, meine Damen und Herren Abgeordnete des Europäischen Parlaments, des Bundestags, und des Landtags, sehr geehrte Frau Dr. Redeker, liebe Bürgerinnen und Bürger Mannheims und der Metropolregion, liebe Gäste,

ich begrüße Sie alle sehr herzlich zu unserem Neujahrsempfang 2018.

Ich heiße Sie alle willkommen auch im Namen des Gemeinderats, der hier anwesenden Fraktionsvorsitzenden und Stellvertreter Ralf Eisenhauer, Claudius Kranz, Dirk Grunert und Holger Schmid, sowie im Namen der Kolleginnen und Kollegen Christian Specht, Dr. Ulrike Freundlieb, Michael Grötsch und Felicitas Kubala und im Namen meines Amtsvorgängers und unseres Ehrenbürgers Gerhard Widder.

Aus Zeitgründen verweise ich auf unsere ausgelegte Begrüßungsliste. Zusätzlich begrüßen darf ich Manfred Schnabel als neuen Präsidenten der IHK Rhein-Neckar.

Ich danke Ihnen allen herzlich für Ihr Kommen und Ihre Verbundenheit mit unserer Stadt.

Sehr herzlich begrüße ich unsere Gastrednerin. Zum ersten Mal ist die Wirkungsstätte unseres Gastes Mannheim selbst. Dr. Ursula Redeker ist die Sprecherin der Geschäftsführung von Roche Diagnostics und damit die Chefin des zweitgrößten industriellen Arbeitgebers in unserer Stadt. „Mann-Heim als Frauen-Ort“ ist unser diesjähriges Thema, das vom 100-jährigen Jubiläum der Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland inspiriert ist. Und Mannheimer Frauen haben bei dieser erfolgreichen Bürgerrechtsbewegung eine herausragende Rolle gespielt. Die grundlegende Bedeutung von Gleichstellung für die Zukunft unserer Gesellschaft, die notwendigen Bedingungen, um Gleichstellung Realität werden zu lassen, und die Betrachtung des langen und steinigen und eben nicht abgeschlossenen Wegs sind die Aspekte, mit denen sich Ursula Redeker befassen wird.



Mit ihrer eigenen Biografie und den damit verbundenen Erfahrungen aus der Wirtschaft ist für Ursula Redeker das Thema kein Untersuchungsgegenstand, sondern praktischer Gestaltungsauftrag. Dies schien uns besonders interessant.

Liebe Frau Dr. Redeker, wir freuen uns auf Ihren Vortrag.

Meine Damen und Herren,

Ihnen allen wünsche ich – auch im Namen meiner Frau – ein gutes neues Jahr 2018, vor allem Gesundheit und persönliches Glück. Meine letztjährigen Wünsche für das Jahr 2017 bleiben aktuell: mehr Dialog, Miteinander und Achtsamkeit.

2017 war allenfalls lokal (und vielleicht in Deutschland) diesbezüglich ein kleiner Schritt nach vorn, global haben wir weitere Rückschläge erleben müssen.

Dieser Neujahrsempfang ist eine lokale Antwort auf diese Entwicklungen und seine Bedeutung ist mir in den letzten Jahren immer klarer geworden. Er ist eine Veranstaltung, die vieles zum Ausdruck bringt, was heute wichtig ist.

Wir Menschen sind Gemeinschaftswesen und wir streben nach einem sinnvollen Leben in Gemeinschaft. Sinnvoll heißt dabei dazuzugehören, gebraucht zu werden, weder ausgestoßen zu sein, noch in der Menge unterzugehen. Dieses Grundbedürfnis wird in der Globalisierung immer weniger erfüllt. Die lokale Gemeinschaft bietet dafür aber einen Rahmen, der gerade unter dem Druck globaler Entwicklungen aktiv gestaltet werden muss.

Eine Stadt ist kein Produkt oder das bloße Ergebnis eines Marktprozesses. Ihr Charakter entsteht aus dem Wirken und den Beiträgen vieler. Stadt ist auch ein Ergebnis bürgerschaftlichen Engagements und politischer Gestaltung, was umso besser gelingt je mehr wir voneinander wissen, je mehr wir zu gemeinsamem oder zumindest abgestimmtem Handeln kommen. Das ist die idealtypische Idee der Agora, des Marktplatzes der griechischen Stadt, auf dem die lokalen Angelegenheiten besprochen werden. Ohne Agora keine politische Gemeinschaft. Für Homer war das Fehlen der Agora gar ein Hinweis auf Recht- und Gesetzlosigkeit und das ist ein für unsere



Gegenwart hoch interessanter Gedanke. „Wo wir nicht zusammenkommen, werden Regeln nicht verbindlich.“

Unser heutiges Thema zeigt auch, dass es ohne diesen Ort der gesellschaftlichen Debatte keinen Fortschritt gibt. Und dass der Zugang zu diesem Ort erkämpft werden musste. Selbstverständlich waren die Bürger Athens nur freie Männer, also keine Frauen, Sklaven und Ausländer. Das Wahlrecht 1918 fiel genauso wenig vom Himmel. Und wenn sich Frauen in ihrem demokratischen Recht allein auf die Teilnahme an Wahlen beschränkt hätten, wären sie und wir als Gesellschaft heute keinen Schritt weiter als 1918. So ist auch die aktuell weltweite Debatte über sexualisierte Macht keine, die in Parlamenten entstanden ist.

Der Neujahrsempfang ist so etwas wie eine Agora, ein Ort und ein Moment, an dem sich die an der Stadt Interessierten begegnen. Gemeinsam ist den hier Engagierten, den Initiativen, Vereinen, Besucherinnen und Besuchern, dass sie sich für ein Miteinander einsetzen.

Gerne möchte ich mich deshalb bei allen denen herzlich bedanken, die hier mitwirken, die diesen großen Empfang und in vielfältiger Weise unsere Stadt positiv gestalten. Einige werden wir ja im Anschluss – in guter Tradition – hier auf der Bühne ehren.

Wir versuchen diesen Gedanken, der diesem Neujahrsempfang seine Prägung gibt, auszuweiten, nämlich Anlässe und Orte der Begegnung und Verständigung zu schaffen.

So haben wir im letzten Jahr einen Leitbildprozess begonnen darüber, in welcher Stadt wir 2030 leben wollen. 500 Menschen haben an der zweitägigen Auftaktveranstaltung teilgenommen. Auch hier auf dem Neujahrsempfang können Sie sich informieren und beteiligen. Sie sind herzlich eingeladen. Auch wollen wir ein sogenanntes Stadtlabor einrichten mit Modellen, Plänen und technischen Möglichkeiten – einen erlebbaren Kulminationspunkt für die Bürgerbeteiligung.

Das Mannheimer Bündnis für ein Zusammenleben in Vielfalt hat 2017 mit über 100 Veranstaltungen Menschen zusammengebracht und Vielfalt in unserer Stadt gerade auch in den



Spannungsfeldern zum Thema gemacht. 250 Vereine, Institutionen, Kirchen, Religionsgemeinschaften und Unternehmen haben sich hier zusammengeschlossen.

Sie alle bekennen sich mit ihrer Mitgliedschaft zur Gleichberechtigung unterschiedlicher Identitäten und Lebensentwürfe. Wir alle wissen, wie wenig selbstverständlich dies ist und wie aktuell. Mit Blick auf unser Thema „Mann-Heim als Frauen-Ort“ bedeutet es gerade, dass ein Lebensentwurf immer nur für einen selbst gelten kann und nicht die Rechte anderer beschneiden darf. Die Mannheimer Erklärung sagt auch, dass die Grenzen der Toleranz da liegen, wo sich Einzelne oder Gruppen gegen die Werte unseres Grundgesetzes und der Menschenrechte stellen. Es macht Mannheim aus, dass wir eine solche Basis für diese Diskussionen haben.

Meine Damen und Herren,  
einen neuen Marktplatz im Sinne der griechischen Agora haben wir vor drei Wochen der Öffentlichkeit vorgestellt. Es ist die neue Kunsthalle, die genau in diesem Verständnis errichtet worden und vom Bundespräsidenten so auch gewürdigt worden ist.

Die Kunsthalle ist mit der Geschichte ihrer Sammlung, ihrer nun zwei überwiegend bürgerschaftlich finanzierten Gebäude – dem Jugendstilbau und dem Hector-Bau – und ihrer räumlichen wie inhaltlichen Konzeption, das Projekt einer Bürgerstadt im besten Sinne.

Weit über 20.000 Bürgerinnen und Bürger haben vor den offiziellen Gästen dieses Haus als ihres angenommen. Es wird eine Kunsthalle für alle und ein identitätsstiftender Ort, ein Ort des Stolzes für ganz Mannheim werden.

Die sagenhafte und von keinerlei privaten Ambitionen oder Auflagen geprägte Stiftung von 50 Millionen Euro durch Hans-Werner und Josefine Hector und das persönliche Engagement von Dr. Manfred Fuchs will ich hier noch einmal dankbar erwähnen.

Eine in diesem Zusammenhang wichtige Bedeutung wird auch das neue Archivum haben, das in wenigen Wochen eingeweiht wird und in das dann ein NS-Dokumentationszentrum und die Neupräsentation der Stadtgeschichte einziehen werden. Beide Dimensionen – die Ausbildung von



Identität und Heimat und die Annahme der Geschichte und der besonderen Verantwortung durch alle, die in unserem Land aufwachsen und leben – sind hochaktuell.

Teilhabe und Identifikation – das sind ebenso wichtige Begriffe für den Neubau der Stadtbibliothek als meistgenutzter Kultur- und Bildungseinrichtung. Gerade im Zeitalter der Digitalisierung ist eine Institution, die Umgang mit neuen Medien vermitteln, Recherche und Wissenserwerb begleiten kann von eminenter Bedeutung. Nicht von ungefähr sind einige der wichtigsten europäischen Neubauten der jüngsten Zeit Bibliotheken.

Ort gemeinsamer Verständigung sein, Geschichte und Tradition verlebendigen, Gegenwartsfragen behandeln – das sind die Anforderungen, der sich in Mannheim alle Kulturinstitutionen stellen.

Ich glaube, dass ein solches Verständnis der Kultur und die konsequente Entwicklung Mannheims als Kulturstadt ein direkter Beitrag zur Bewahrung des inneren Friedens in einer vielgestaltigen Stadtgesellschaft ist.

Wenn wir also über Kultur sprechen, dann sprechen wir nicht über die verzichtbare Blume am Knopfloch, wir sprechen vom Kitt der Gesellschaft. Ich war froh, dass gerade dies beim Besuch der Kunstprojekte durch Bundespräsident und Ministerpräsident an der nahezu ausschließlich migrantisch geprägten Kepler-Schule so spürbar war.

Meine Damen und Herren, warum ist das Bemühen um neue Orte der Begegnung und Verständigung heute so wichtig? Hat das nur etwas mit der steigenden Vielfalt zu tun?

Ich denke, es gibt noch einen anderen Grund: Die Idee der Agora ist ein gemeinsamer Kommunikationsraum, an dem es heute fehlt. Konnten früher die Medien zumindest als gemeinsame Informationsplattform dienen, gibt es heute weder das Medienereignis, das eine Nation am Montag zum Gespräch zusammenführt, wenn es kein Weltmeisterschaftsendspiel ist, noch das lokale Medium, das – wie früher einmal – nahezu alle lesen. Die gestiegene Zahl der Medien, bedeutet gleichzeitig nicht, dass der Informationsgrad steigt. Unter dem steigenden



Wettbewerbsdruck und der Verlagerung der Finanzierung hin zu sozialen Medien, die keinerlei Verantwortung für Qualität und Wahrheitsgehalt übernehmen, sind früher selbstverständliche Qualitäten und Grundleistungen auch bei den angestammten Medien nicht mehr durchgehend aufrechtzuerhalten. Schnelligkeit schlägt Qualität, Unterhaltungswert Inhalt. Dies wird zu einer Frage für die lokale Demokratie werden. Die sogenannte Grundversorgung der Öffentlich-Rechtlichen hat keinen Auftrag und keine Kapazität diesen lokalen Bedarf zu decken. Ich habe selbst keine Antwort auf die Frage, wie die Sicherung von Qualität und ihre Finanzierung genau zu organisieren wären. Nur: Hier ist ein konstitutiver Teil unserer mitteleuropäischen, demokratischen Kultur in Gefahr. Ich denke, es ist Zeit, das zum Thema zu machen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

Neben den alle Städte treffenden gesellschaftlichen Fragen erleben wir zugleich einen umfassenden Prozess der Erneuerung unserer Stadt, wie er seit der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht mehr stattgefunden hat. Ob hier ein Zusammenhang besteht oder dies zufällige Gleichzeitigkeit ist, sei dahingestellt. Die Erneuerung betrifft die äußere Gestalt unserer Stadt, sie gilt aber auch für Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur und für die Stadtverwaltung selbst. Es ist absehbar, dass diese Umgestaltung oder gar Transformation auch die nächsten Jahre prägen wird.

Einige Stichworte dieser Erneuerung will ich nennen: die Entwicklung am Verbindungskanal, das Glücksteinquartier, das Kepler-Quartier auf dem ehemaligen Postareal. Nach Q6/Q7 folgt derzeit mit T4/T5 die nächste große Umgestaltung in der Innenstadt. Die außergewöhnlichen Dimensionen und Konzepte von FRANKLIN, Turley und Taylor werden auf Jahre hinaus nicht nur für den Wohnungsbau Impulse setzen. Abgeschlossen sind als große Infrastrukturmaßnahmen die Stadtbahn Nord und die neue Hauptfeuerwache. Kunsthalle und Marchivum habe ich angesprochen. Der Bildungscampus in Neckarau hat Fahrt aufgenommen und gehört zu den bemerkenswerten Entwicklungen in Bildung und Forschung. Hier sind die Baumaßnahmen der Universität zu nennen, der Aus- und Neubau des ZI, oder der Mannheim Medical Technology Campus am Klinikum. Einen Beitrag zur Stadtreparatur und einen Qualitätssprung wird die Sanierung der Planken darstellen wie dies nachhaltig bei der Augusta-Anlage gelungen ist.



Zahlreiche Stadtteilzentren haben sich durch Investitionen positiv verändert oder diese Investitionen stehen unmittelbar bevor.

Projekte wie das Technische Rathaus und der Grünzug gehen 2018 in die Umsetzung. Durch die Leitentscheidung für die Durchführung der BUGA dürfen wir überhaupt erst Spinelli vom Bund erwerben. Das Land hat darüber hinaus 51 Millionen Euro Förderung konkret in Aussicht gestellt, die Finanzierung des Grünzugs durch das Land bei annähernd 50 Prozent liegt. Die Bundesgartenschau hat den Grünzug räumlich und finanziell gesichert.

Für vieles weitere stehen Entscheidungen oder konkrete Umsetzungsschritte an: die Sanierung des Theaters, der Bau einer neuen Mitte des Universitätsklinikums, der Bau des Kombibads Herzogenried, der Neubau der Stadtbibliothek, der Umgang mit dem Frei-Otto-Dach der Multihalle, die Attraktivierung von Luisenpark und Herzogenriedpark, die Arrondierung von Käfertal-Süd, das Collini-Areal und Neckarzugang, die Bebauung der Schafweide und der Ausbau des ÖPNV, neue Sanierungsgebiete von Schönau-Nordwest bis Neckarstadt-West, Umgestaltungen wie der Marktplatz Rheinau oder der Taunusplatz.

Die Änderung der äußeren Gestalt der Stadt geht einher mit Veränderungen, die wir versuchen mitzugestalten oder aktiv zu begleiten. Die Zahl der jungen Menschen in unserer Stadt, insbesondere der Studierenden ist gestiegen, wissensbasierte und hoch qualifizierte Arbeitsplätze haben zugenommen. Der Ausbau der Wissenschaft verschafft dieser ein neues Gewicht; die Zahl der Unternehmen wächst; jungen, digital getriebenen Unternehmen gilt eine besondere Aufmerksamkeit – gerade um gewachsene Strukturen unserer Wirtschaft zu modernisieren und zu erhalten. Trotz teilweise dramatischer und auch in der Art Ihrer Umsetzung frustrierender und gesellschaftspolitisch fragwürdiger Entwicklungen wie bei GE erweist sich der Arbeitsmarkt als robust. Sogar mehr als das: In diesen Tagen wurde mit 5,0 Prozent Arbeitslosigkeit ein historisch niedriger Wert erreicht.

Wir dürfen uns jedoch nicht ausruhen. Die Verbreiterung und Ausdifferenzierung unserer Wirtschaft muss weitergehen, denn wir können in unserer Zeit nicht mehr „stabile Verhältnisse“



erwarten; wir müssen versuchen, ‚anti-fragil‘ zu werden wie der Autor Nassim Taleb das nennt. Je kleinteiliger, vielgestaltiger und flexibler Strukturen sind, desto resistenter sind sie in Krisen.

Mit dem Netzwerk Smart Production stellen wir uns aktiv den Fragen der Digitalisierung der Industrie, mit Modellprojekten zu Mobilität und Energie auf FRANKLIN und Spinelli setzen wir auch industrielle Impulse. Auch unsere internationale Arbeit nutzen wir zur Stärkung des Wirtschaftsstandortes. Dies gilt für ein deutsch-israelisches Gründerprojekt genauso wie für das EU-Projekt DELIVER für den internationalen Zugang von Unternehmen aus dem Bereich Medizintechnologie. 2017 haben wir Wirtschaft und Wissenschaft zum „Runden Tisch China“ eingeladen, das für zahlreiche Mannheimer Unternehmen ein zentraler Wachstumsmarkt ist. In diesem Zusammenhang ist es ein wichtiger Erfolg, dass die Stadt Mannheim als einzige deutsche Stadt von der Europäischen Kommission für das Programm „International Urban Cooperation“ ausgewählt wurde. Dies ist eine für uns neue Qualität der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die erfreulicherweise vollständig durch die Europäische Union finanziert wird.

Auch die Stadtverwaltung ändert sich beständig, um neuen Anforderungen gerecht zu werden. Es würde den Rahmen sprengen, dies im Einzelnen darzustellen. Nur zwei Aspekte will ich aufgreifen: Gleichstellung sehen wir sowohl als Folge wie als Motor des Wandels unserer Organisation. Schon heute ist die Stadtverwaltung überwiegend weiblich geprägt; bei den Führungskräften insgesamt ist der Anteil von Frauen erheblich angestiegen, bei der obersten Führungsebene liegen wir derzeit noch bei 25 Prozent, wir wollen dies steigern, was uns insbesondere durch interne Aufstiegsprogramme und Qualifikation und gute Nachwuchskräfte auch gelingen wird.

Ein weiterer Aspekt ist die Digitalisierung, die unsere Organisation, aber auch den Service für Sie in den nächsten wenigen Jahren grundlegend verändern wird.

Meine Damen und Herren,

Veränderungsprozesse im Äußeren wie Inneren bedingen, dass die Sorge über einen Verlust des Gewohnten zunimmt. Umso wichtiger ist die Bewahrung der Dinge, die Identität bilden. In den letzten 15 Jahren galt wichtigen historischen Orten die Aufmerksamkeit. Die großen öffentlichen





Gebäude des 18., 19. und frühen 20. Jahrhunderts sind in großem Umfang saniert. Stadträume sind an klassischen Maßstäben orientiert neu gestaltet worden. Eine wichtige Dimension von Lebensqualität ist auch ein unmittelbarer und ansprechender Zugang zu Freiraum und Natur. Über 120 Hektar öffentlicher Natur- und Grünräume werden in den nächsten Jahren neu entstehen und genau dazu einen Beitrag leisten. Auch für die Stadtparks liegt ein Entwicklungskonzept vor, für das allein für den Luisenpark 27 Millionen Euro zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus ist die Gestaltung unserer öffentlichen Räume in einem menschlichen Maßstab mitbestimmend, ob uns unsere Stadt nach wie vor ein vertrauter Ort ist. Qualität in der Neugestaltung ist eine wesentliche Voraussetzung, neue Identifikationsorte für die Zukunft zu schaffen. Der Satz „heute ist die gute alte Zeit von morgen“, erfüllt sich, wenn dies gelingt.

Heimat ist aber nicht nur die gebaute Stadt: Zu ihr gehört die Bewahrung des Zusammenhalts. Der soziale Ausgleich, das sichtbare und erfolgreiche Bemühen Armut entgegenzuwirken, ist für diesen Zusammenhalt wichtig. Die außerordentlich erfreulichen Arbeitsmarktzahlen dürfen zum Beispiel nicht darüber hinwegtäuschen, dass nicht alle Beschäftigten gleichermaßen von der guten wirtschaftlichen Entwicklung profitieren. So sind mehr als ein Viertel der Leistungsbezieher des Jobcenters sogenannte Aufstocker, das heißt, sie sind beschäftigt, aber ihr Einkommen ist so niedrig, dass sie ergänzende Sozialleistungen benötigen. Wir wollen als Stadt prüfen, wie wir zumindest da, wo wir selbst Dienstleistungen nachfragen, dafür sorgen können, dass Menschen auskömmlich von ihrer Arbeit leben können.

Die Zahl der erstellten Wohnungen ist deutlich angestiegen und wird sich 2018 deutlich erhöhen: Mit dem Bau von 10.000 Wohnungen bis 2025 haben wir eine echte Chance, ausreichende Perspektiven für angemessenen Wohnraum für alle zu bieten. Ganz praktisch versuchen wir darüber hinaus auch unseren eigenen Wohnungsbestand in den verschiedenen Stadtteilen durch Erwerb auszuweiten und mit einem 12-Punkte-Programm für bezahlbaren Wohnraum zu sorgen, denn: gemischte und stabile Wohnquartiere sind die Basis sozialen Zusammenhalts.



Meine Damen und Herren,

all dies wird Mannheim als Heimat stärken. Zugleich kommt es aber auch darauf an, nicht nur das Ergebnis, sondern auch den Weg dahin positiv zu gestalten. Die Fertigstellung erster großer Projekte und die positiven Erfahrungen wertzuschätzen, kann uns dabei helfen. Denn es geht darum, die Erneuerung der Stadt weiter zu treiben und zugleich die Stadt als Heimat zu bewahren.

Das entspricht der Geschichte und dem Charakter unserer Stadt: Erneuerung einerseits und Bewahrung von Heimat andererseits sind kein Widerspruch, sie bedingen sich vielmehr. Ohne Erneuerung keine Bewahrung der Heimat; ohne diese gelingt keine Erneuerung.

Schauen wir neun Jahre zurück auf die Weltwirtschaftskrise, sechs Jahre auf den Abzug der Amerikaner, etwas über zwei Jahre auf die Unterbringung von 16.000 Flüchtlingen und damit auf die tiefen Beunruhigungen, die uns zu diesen Zeiten erfasst hatten. Dieser Rückblick legt die Schlussfolgerung nah, dass nicht alles einen dauerhaften Erregungszustand und pessimistischen Zukunftsblick verdient, wie wir ihn derzeit allzu oft spüren.

Handlungsfähig sind wir mehr als in den Jahren zuvor, um auf viele drängende, wenn auch nicht alle Bedarfe zu reagieren. Für die mittelfristige Finanzplanung bis 2021 ist ein einmaliges 500-Millionen-Euro-Investitionsprogramm vorgesehen und dieses gelingt ohne Neuverschuldung. Wesentliche Schwerpunkte und Leitlinien, die unseren Haushalt prägen, habe ich schon erwähnt. Ich will diese nur um wenige Stichworte ergänzen oder mit Beispielen vertiefen: Bei den Investitionen nehmen die Schulen mit 100 Millionen Euro einen überragenden Stellenwert ein. Im laufenden Haushalt gilt dies ebenso für die vorschulische Erziehung und Betreuung von Kindern, die weiter ausgebaut wird und in Teilen gebührenfrei gestellt werden soll. Ihr Ausbau ist ein entscheidender Faktor dafür, tatsächlich gleiche Lebensverhältnisse für Frauen und Männer zu erreichen.

Die angesprochene Aufenthaltsqualität des öffentlichen Raums hat natürlich nicht nur mit Investitionen zu tun. Die Anstrengungen für mehr Sauberkeit werden 2018 noch einmal verstärkt. Die gebührenpflichtige Reinigung der Gehwege wird auch auf den Jungbusch ausgedehnt; für die



Neckarstadt-West wurden zusätzliche Mittel eingestellt, auch die Reinigungsintensität in Planken und Fressgasse wird erhöht, bereits seit Mai 2017 wird ein zusätzliches Sperrmüllteam eingesetzt.

Mit der Sicherheitsinitiative 2016 haben Stadtverwaltung und Polizei die Sicherheitsanstrengungen verstärkt. Mit mehr Präsenz im Stadtteil Neckarstadt und speziell den Quadranten S1/2 und T 1 und 2 haben Polizei und Stadt auf negative Entwicklungen sehr hartnäckig und nach und nach mit einigem Erfolg reagiert. Durch die mobile Wache von Stadt und Polizei am Paradeplatz konnten Ordnungsstörungen deutlich reduziert werden. Verlängert wurden erneut die Maßnahmen zur Gefahrenabwehr in sog. Problemimmobilien, die seit 2012 von ca. 145 auf aktuell 15-20 verringert werden konnten. Fortgesetzt wird auch der Integrationsfonds, der betroffene Stadtquartiere stabilisieren hilft. 2018 werden wir mit folgenden Maßnahmen unsere Anstrengungen verstärken: mit einem neuen Aufenthaltsangebot für Suchtkranke, mit der Wiedereinführung einer Videoüberwachung in der Innenstadt, mit der Neuorganisation unseres kommunalen Vollzugsdienstes und mehr Personal und neuer Ausstattung. Und wir werden nicht nachgeben, um eine wirklich wirksame Reaktion von Justiz oder Jugendhilfe auf die ständigen Regelverstöße und Diebstähle einer kleinen Gruppe von minderjährigen Flüchtlingen möglich zu machen.

Auch Verkehrspolitik verstehen wir nicht nur als Wirtschafts- und Umweltpolitik, sondern erwarten hier einen entscheidenden Beitrag zur Wiederherstellung der Stadt als Ort der Begegnung, des Verweilens und Flanierens. Möglich ist dies nur, wenn der Anteil derer, die das Fahrrad oder den ÖPNV nutzen oder zu Fuß in die Stadt kommen, steigt. Nur dann wird im Übrigen auch der Einzelhandel weiter seine überregionale Rolle spielen können. Ohne eine Steigerung des Radverkehrs wird die Stadt auch mit dem Auto nicht mehr gut erreichbar sein. Lassen Sie es mich so einfach formulieren: Jeder Autofahrer müsste allen Radfahrern dankbar sein, dass sie nicht in einem Auto vor ihm sitzen.

Wir werden deshalb weiter in die Radwege investieren und weitere große Investitionen in die Stadtbahnen vorbereiten: die Ausweitung der Haltestelle Hauptbahnhof, der Kompaktbahnhof Neckarau, der Umbau Bahnhof Käfertal, die Anbindung FRANKLIN und die Verbindung zum Glücksteinquartier sind die Stichworte für Projekte der nächsten Jahre. Mit der zweiten Stufe der



S-Bahn wird 2020 die Zahl der gefahrenen Kilometer um 75 Prozent erhöht. Das bedeutet eine enorme Entlastung für den Straßenverkehr. Als Gesellschaft und für die Umwelt haben wir aber wenig gewonnen, wenn wir diese Kapazitäten mit LKWs füllen, die uns ein paar dutzend Schuhe zur Anprobe nach Hause fahren.

Meine Damen und Herren,  
zwei große Projekte will ich hier kurz beleuchten, weil sie uns 2018 und darüber hinaus beschäftigen werden und wir bei beiden darauf angewiesen sind, dass das Land hier Mitverantwortung übernimmt: die Umstrukturierung und Neuinvestition in das Klinikum und die Sanierung des Nationaltheaters.

Das Universitätsklinikum ist nicht nur ein unverzichtbarer Maximalversorger für 220.000 Patienten. Es ist der viertgrößte Arbeitgeber in Mannheim, 4.800 Mitarbeiter sind am Klinikum und der medizinischen Fakultät direkt beschäftigt, über 1.500 Studierende und rund 700 Auszubildende erlernen dort ihren künftigen Beruf. Das Klinikum hat sich in der Krise 2015 ein umfassendes Restrukturierungsprogramm gegeben, das Erfolge zeigt, jedoch noch nicht im erhofften, ambitionierten Tempo. Dabei geht es nicht um Leistungsreduktion, sondern um Qualitätssteigerung, die stärkere Profilierung als Universitätsklinikum. Wie an vielen Häusern sind auch bauliche Strukturen zu verändern. Das Universitätsklinikum steht deshalb vor grundlegenden Investitionen. Erforderlich ist ein Neubau des Kernbereichs des Klinikums.

Wir begleiten und unterstützen diesen Veränderungsprozess mit erheblichen finanziellen Mitteln. Vor allem ist aber auch das Land für die Investition in die „neue Mitte“ und in die medizinische Fakultät gefordert. In beiden Fällen geht es um dreistellige Millionenbeträge. Die Zeichen dafür stehen gut, dass das Land diese Projekte entschieden verfolgt, das will ich ausdrücklich anerkennen.

Ein solches Bekenntnis brauchen wir auch für das Nationaltheater, dessen Zukunftssicherung als Deutschlands ältestes Kommunaltheater und zweitgrößte Bühne des Landes, nicht nur eine Mannheimer Frage sein kann. In den nächsten Monaten werden wir eine verbindliche Kostenberechnung vorlegen. Spätestens dann brauchen wir entweder eine Aussage zu einer



dauerhaften Partnerschaft im Betrieb oder eine Übernahme eines relevanten Anteils der nötigen Investitionen durch das Land.

Meine Damen und Herren,

unsere Anstrengungen für eine nachhaltige Stadtentwicklung sind selten mit so viel Aufmerksamkeit bedacht worden wie im Jahr 2017. Das schlägt sich in Auszeichnungen nieder, die wir erhalten haben. Im Juni erhielten wir den selten vergebenen Ausloberpreis der Architektenkammer Baden-Württemberg, der zum ersten Mal an eine Großstadt ging und das Bemühen um Baukultur auszeichnet. Im November überreichte die schwedische Königin der Stadt den Ralph-Erskine-Award für Architektur für einen mit Studierenden und Flüchtlingen realisierten Holzbau auf Spinelli; im Oktober erhielt Mannheim am Hauptsitz der UN in New York vom Forum für Siedlungsentwicklung als einzige deutsche Stadt in diesem Jahr den Green City Award für die nachhaltige Stadtstrategie; im Dezember zeichnete das Land Baden-Württemberg Mannheim als fahrradfreundliche Kommune aus und in Wien gehörten wir für unser Bündnis für ein Zusammenleben in Vielfalt zu den Nominierten des erstmals verliehenen europäischen Preises für politische Innovation.

Meine Damen und Herren,

was diese Preise auch zeigen, ist, dass das Handeln von Städten generell mehr Aufmerksamkeit erfährt – und zwar weltweit. Wir erleben nämlich derzeit eine Phase, in der einerseits der Nationalstaat eine politische Renaissance erlebt (denken wir an America First oder den Brexit) und der Gedanke der Unabhängigkeit – also neuer Nationalstaaten anstelle der alten – neue Nahrung erhält. Andererseits wird immer deutlicher, dass wir nicht in einer Welt der Unabhängigkeit, sondern wechselseitiger Abhängigkeit leben, in der die Probleme von Nationalstaaten gerade nicht gelöst werden können: Klima, Fluchtbewegungen, digitale Globalisierung, Kampf gegen Radikalisierung – dies alles verlangt globale Antworten. Hier haben Städte eine zunehmende Bedeutung. Im letzten Jahr wurde dies deutlich als Donald Trump den Ausstieg aus dem Pariser Abkommen mit den Worten begründete, er vertrete die Bürger von Pittsburgh und nicht die von Paris; Bill Peduto, Bürgermeister von Pittsburgh, antwortete, er vertrete die Bürger von Pittsburgh und seine Stadt stehe zum Pariser Abkommen, weil es im Interesse seiner Bürger sei.



Überhaupt, meine Damen und Herren, wäre das Pariser Abkommen ohne die Städte nicht zustande gekommen. Weltweit können wir feststellen, dass ohne die Städte die Probleme nicht gelöst werden können – in Deutschland seien nur die Themen Flüchtlingsaufnahme und Dieselgipfel erwähnt. Nach wie vor werden die Städte jedoch nicht ausreichend gehört und nicht ausreichend unterstützt. Dabei haben sie ein anderes Gefühl für Dringlichkeit und pragmatische Problemlösung. Kein Bürgermeister wird Probleme nur benennen. Das ist aber durchaus ein Geschäftsmodell auf anderen politischen Ebenen. Der Nationalismus beispielsweise lebt ja geradezu davon, dass die Probleme bleiben und er als Scheinlösung weiter angeboten werden kann.

Meine Damen und Herren,

Politik muss aber flexibler werden und bisherige Konzepte grundlegend zu hinterfragen, wenn sie nicht funktionieren. Die Debatte in vielen Themen – aktuell mal wieder „Brauchen wir Gesetzesverschärfungen oder einen besseren Vollzug?“ sollte man nicht über Talkshows oder Interviews führen, sondern dadurch, dass man konkrete Fälle exemplarisch bearbeitet. Neue Herausforderungen brauchen manchmal auch neue Antworten und diese Notwendigkeit erfahren zu allererst diejenigen, die vor Ort mit ihnen konfrontiert sind.

Am Drängendsten ist die Frage einer pragmatischen Migrationspolitik. Auch hier gibt es in vielen Ländern ein Spannungsverhältnis zwischen Städten und Staaten. So hat selbstverständlich der Staat das Recht zu definieren, wer sich in seinem Gebiet aufhalten darf. Was er nicht tun sollte, ist dies aber nicht umzusetzen, das heißt die Anwesenheit von Menschen hinzunehmen, denen er keinen Aufenthaltsstatus zuerkennt, und dann quasi als Ausgleich aber dafür zu sorgen, dass diese Menschen faktisch vom sozialen Leben ausgeschlossen sind. Das belastet jede lokale Gemeinschaft.

Es ist doch kein Zustand, dass Menschen über lang Jahre nur geduldet sind, entsprechend ohne vernünftige Integration in den Arbeitsmarkt. Es ist schlecht, wenn es für diejenigen, die als Flüchtlinge kommen, für ihre Chance, hierbleiben zu können in der Regel ohne Bedeutung ist, ob und wie sie sich integrieren. Wenn die Menschen tatsächlich bleiben, schädigen wir uns mit diesem Vorgehen selbst, ganz abgesehen davon, dass es kein menschlicher Umgang ist, wenn



wir nicht von Tagen und Wochen, sondern von Jahren reden. Aus lokaler Sicht lautet die Formel ganz einfach: Solange Menschen hier sind, sind sie als Mitbürger zu behandeln. Wenn sie hier sind, ist Ausgrenzung eine Zumutung für die Betroffenen und die lokale Gemeinschaft.

Meine Damen und Herren,

wir müssen aus den ideologischen Gräben raus. Weder können wir alle aufnehmen, noch können wir uns abschotten. Kenner der Situation wie beispielsweise der Malteser Orden warnen vor einer Militarisierung des Konflikts mit Schleppern. Wie wenig erfolgreich solche einseitigen Konzepte sind, wissen wir vom Drogenkrieg der Amerikaner.

Ein Schutz der Außengrenzen muss daher flankiert werden von zwei Möglichkeiten der legalen Einreise: Erstens einer Einwanderung über ein entsprechendes Gesetz, das an Kriterien wie Sprachkenntnissen, schulischer und beruflicher Qualifikation und Wartezeit ansetzt, und zweitens über humanitäre Korridore für Flüchtlinge, deren Status schon vor Ort über UNHCR oder EU festgestellt ist.

Nicht zuletzt müssen wir auch mehr Verantwortung für Entwicklungen in unseren Nachbarregionen übernehmen. Hier können Kommunen mit ihrer Kompetenz eine stärkere Rolle übernehmen. Wir gehen in Mannheim mit gutem Beispiel voran. Zusammen mit unserem Arbeitskreis islamischer Gemeinden (AKIG) kooperiert die Stadt Mannheim mit der türkischen Stadt Kilis, wo auf 90.000 Einwohner rund 130.000 syrische Flüchtlinge kommen. Wir werden in Kilis ein Bildungszentrum für geflüchtete syrische Frauen aufbauen, das auch eine qualifizierte Betreuungseinrichtung für deren Kinder umfasst. Die Kosten für dieses Projekt trägt der Bund, der damit anerkennt, dass interkommunale Zusammenarbeit ein effektiver Weg der Entwicklungszusammenarbeit ist. Wenn sich alle Städte in konkreten Partnerschaften mit Nordafrika und dem Mittleren Osten engagieren würden, wäre dies ein epochemachender Beitrag – tatsächlich, politisch und psychologisch.

Meine Damen und Herren,

Migrations- und Flüchtlingspolitik ist nichts, was Kommunen regeln können. Sie können sich nur innerhalb eines von EU, Bund und Ländern gegebenen Rahmens verhalten. Von manchen wird



behauptet, dass Mannheim mehr Flüchtlinge aufgenommen habe als andere Städte bzw. als eine Verpflichtung bestünde. Beides trifft so nicht zu. Mannheim ist bis heute sogenannte Erstaufnahme-Stadt, das heißt, dass keine dauerhafte kommunale Unterbringung von Flüchtlingen erfolgt. Für diesen Weg haben wir uns bewusst entschieden, weil wir in der sonst erforderlichen Unterbringung und Integrationsleistung – angesichts der sowieso schon bestehenden besonderen Integrationsleistungen unserer Stadt – eine nicht angemessene Anforderung sehen. Das Land hat sich dieser Argumentation angeschlossen. Da der Bedarf nach Erstaufnahmezentren sinkt und diese in Mannheim nach und nach aufgegeben werden, ist nun die Frage zu beantworten, wie es weitergehen soll. Ein Ankunftszentrum würde dazu führen, dass eine allgemeine Zuweisung von Flüchtlingen weiterhin nicht erfolgt. Die Aufenthaltsdauer in einem Ankunftszentrum begrenzt sich auf 1-2 Wochen und liegt damit weit unter der der Erstaufnahmezentren. Einer andernfalls erfolgenden Zuweisung müssten wir mit dezentral in den Stadtteilen zu errichtenden Gemeinschaftsunterkünften begegnen. Die Schaffung von diesen, ca. 2000 Plätzen wäre planerisch, finanziell und sozial eine große Herausforderung. Ich halte die Ablehnung eines Ankunftszentrums deshalb nach wie vor für unsere Stadt für falsch, da schon die Integration der 3. Generation, die neue Zuwanderung aus EU-Ländern sowie von anerkannten Flüchtlingen unsere Stadt weit überdurchschnittlich fordern.

Meine Damen und Herren,  
über all diese Fragen wird gestritten – oftmals wenig produktiv und in wechselseitigem Unverständnis. Und zunehmend überlagern diese Fragen in völlig unangemessener Weise unseren gesamten Alltag. Dabei sollten wir uns einige Dinge vergegenwärtigen, damit wir nicht unsere Werte, die wir hochhalten wollen, beschädigen.

Es gibt keinen natürlichen Kampf der Kulturen. Es gibt Menschen, die diesen wollen. Und interessanterweise sind sich diese untereinander viel ähnlicher als sie meinen. Und sie haben einen Gegner. Uns, die offene Gesellschaft.

Die Feinde der offenen Gesellschaft und die Gegner des Rechtsstaats finden sich in vielen Lagern: von Islamisten, über Nationalisten aus aller Welt, die sich bei uns tummeln, von Autonomen bis Pegida-Anhängern, von Reichsbürgern bis gewaltaffinen und kriminellen





Jugendlichen. Dass sie sich gegenseitig aufschaukeln, macht die Situation herausfordernd. Und wir sind deshalb viel mehr gefordert, Grenzen zu setzen. Das ist neu, weil wir das so bisher nicht mussten. Hier lernen wir dazu.

Dabei behaupten manche, dass sich eine rechtsstaatliche, humane und offene Gesellschaft nicht wehren könne oder dürfe. Dabei ist die Durchsetzung des Rechts die Voraussetzung einer humanen und offenen Gesellschaft und kein Widerspruch.

Wir dürfen dabei nicht nachlassen, überall dort, wo keine angemessene Reaktion erfolgt, besser zu werden. Dass wir nicht vorschnell reagieren, ist eine Qualität des Rechtsstaats: Wenn wir aber keine Wirkung erzielen, müssen wir Verfahren und Vorgehensweisen ändern. Das ist manchmal sehr langwierig und mühsam und nicht immer von schnellen Erfolgen begleitet, aber deutlich muss werden, dass Problemlagen nicht einfach hingenommen werden.

Die offene Gesellschaft ist nicht schwach. Im Gegenteil: Sie hat ihre Feinde, weil diese sie als Bedrohung empfinden.

Das individuelle Freiheitsversprechen unserer Gesellschaft ist beispielsweise weit attraktiver als der repressive Wahn der Islamisten. Deshalb gibt es die Aggression gegen die offene Gesellschaft, weil sie Menschen unbegründeten Autoritäten und Machtansprüchen entzieht. Machen wir uns selbst nicht klein!

Dabei sollten wir auch offener diskutieren. Nicht hinnehmen müssen und dürfen wir dauerhafte Beleidigungen, völkisches Denken und die Verneinung von Grundwerten der Demokratie und der Menschenrechte, aber innerhalb dieser Grenzen ist der Dialog Streitig und robuster zu führen.

Sich klar und deutlich streiten können, ohne dass der andere als Feind wahrgenommen wird, das müssen wir uns erarbeiten. Der Rahmen des vermeintlich Sagbaren war zu eng gesteckt, die Debatte nicht als offen, sondern ausgrenzend empfunden; als Preis erleben wir nun eine totale Enthemmung. Ihr müssen wir entgegentreten, aber die viele bewegenden Fragen müssen wir kontrovers, offen, aber ohne Hysterie ernsthaft diskutieren.



Die „bürgerliche Höflichkeit“, die nach Zygmunt Baumann unverzichtbar ist, habe ich hier schon zitiert. Unter dem Weihnachtsbaum haben Sie vielleicht das Buch von Axel Hacke „über den Anstand in schwierigen Zeiten“ gefunden.

Wenn wir dieser Dinge verlustig gehen oder mit dem Argument, dass sich andere an diese ungeschriebenen Regeln nicht halten, selbst aufgeben, tragen wir dazu bei, nicht nur Diskussionskultur zu verlieren, sondern den gesellschaftlichen Zusammenhalt aufzulösen.

Am Ende steht eine Gesellschaft, in der sich kaum noch jemand wohlfühlt. So viel Polizei wollen und können wir gar nicht haben, dass sich ein Sicherheitsgefühl einstellt, wenn wir bei jedem, dem wir begegnen und nicht kennen, uns fragen, ob er sich wohl an die Regeln halten wird. Eine solche Kultur des Misstrauens führt überdies zu einem Verhältnis von Bürger und Staat, das wir uns alle nicht wünschen. Wer einmal in eine amerikanische Verkehrskontrolle geraten ist, weiß mit hoher Wahrscheinlichkeit, was ich meine.

Respekt, Anstand, Halten an Regeln – das beginnt bei uns selbst. Die Missachtung des Anderen ist ein weitverbreiteter Virus. Er tritt nicht erst auf, wenn jemand sein Auto aufheulen lässt. Die rabiate verbale Missachtung gegenüber städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern z.B. ist nicht nur zum Alltagsphänomen geworden, sie wird zum Teil als bürgerliche Tugend des Widerstands gegen eine Obrigkeit, die es längst nicht mehr gibt, auch noch gefeiert. Die Behinderung von Rettungskräften wird zurecht skandalisiert, die Behinderung der Verkehrsüberwachung dagegen genießt bei Vielen Sympathie.

Lassen Sie uns Anstand, Respekt und Regeln bei vielen Gelegenheiten und in allen Institutionen zum Thema machen. Das ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Unsere Aufgabe als öffentliche Verwaltung ist es, da einzugreifen, wo es sich um Rechtsverstöße handelt. Denen nehmen wir uns deutlich intensiver an. Auch hier brauchen wir übrigens Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die bereit sind, solche Funktionen noch zu übernehmen. Und hier geht es nicht um Bezahlung, sondern um Wertschätzung.



Jetzt kann man sich natürlich fragen, ob denn diese allgemeinen Trends vor Ort, in der Stadt wirkungsvoll zu bearbeiten sind? Die Gegenfrage wäre: wo denn sonst? Und: Haben wir nicht alle schon die Erfahrung gemacht, wie sehr sich Atmosphären von Städten unterscheiden können?

Es gibt so etwas wie einen Stadtcharakter. Und der hat etwas zu tun mit dem Selbstbild der Bewohnerinnen und Bewohner. Wie also wollen wir sein?

Wie wäre es weiter mit dem Selbstbild, das Mannheim bisher ausgezeichnet hat?

Nun beschreiben wir uns selbst nicht als Ausbund von Diplomatie, sondern als direkt, den anderen aber ernst nehmend (so heißt es in einem Mannheim-Krimi „Arrogante werden hier nicht alt“), wie beschreiben uns als weltoffen, als erfindungsreich und pragmatisch.

Das passt ziemlich gut in die Zeit. Wir brauchen also kein neues Rezept, wir dürfen nur das bewährte nicht aus den Augen verlieren.

Meine Damen und Herren, ganz in diesem Sinne wünsche ich uns allen viele Mannheimer Momente und Begegnungen – auf diesem Neujahrsempfang und durch das ganze Jahr 2018!

Vielen Dank.